

Prof. Dr. Gerhard Amendt
Institut für Geschlechter und Generationenforschung
Universität Bremen

Offener Brief an:

Hessisches Sozialministerium
Hessische Staatskanzlei
CDU-Hessen

10.12.2007

Sehr geehrte Frau Ministerin Lautenschläger,

mir liegt eine Einladung Ihres Hauses zur Tagung „*Kinderschutz und Kindeswohl im Sorge- und Umgangsrecht*“ in Frankfurt vor, die Zweifel aufwirft, ob die CDU noch zur gemeinsamen elterlichen Sorge gerade auch nach der Scheidung steht.

Dem Programm entnehme ich, daß die Tagung im Januar im Wesentlichen von Frauen getragen wird, die nicht nur schon 1998 die gemeinsame Sorge bekämpften, sondern die in ihren Veröffentlichungen eine privat motivierte Feindseligkeit gegen Männer erkennen lassen, die in die Familienpolitik hingetragen werden soll.

Dem Programm entnehme ich des Weiteren, dass Meinungsvielfalt - sprich gendermainstreaming – vereitelt werden soll. Augenscheinlich sind keine Männer von professionellem, wissenschaftlichem oder familienpolitischem Gewicht, vor allem nicht mit konkurrierenden Politikvorstellungen eingeladen. Vieles spricht dafür, dass die Veranstaltung persönlichen familien- und männerfeindlichen Absichten Narrenfreiheit bieten soll, damit Kindern nach der Scheidung die Väter auf Verlangen der Exfrauen entfremdet werden können. Gebetsmühlenhaft wird das mit der Floskel von der Gewalttätigkeit der Väter begründet. Wie sieht es jedoch in Wirklichkeit mit der Gewalt in Scheidungssituationen aus?

Die Daten meiner Scheidungsforschung zeigen in erschreckender Weise, dass Gewalt in dieser kränkungsreichen Zeit besonders häufig auftritt. Unsere Studie von 2006, international eine der wenigen über Gewalt im Scheidungskonflikt, hat mit Interviews mit 3600 Scheidungsvätern gezeigt,

1. dass es bei jedem dritten Paar (31,8 %) in der Scheidungsphase zu Gewalttätigkeiten kommt. In 29,5 % einmal, in 25,5 % zweimal und in 45 % mehrmals.
2. Unsere Forschung hat weiterhin gezeigt: im Scheidungskonflikt werden zwei von drei Gewalthandlungen (64,4 %) von Frauen initiiert, 20,8 % von beiden Partnern gemeinsam und 14,8 % von Männern [Siehe: Amendt: Scheidungsväter, Campus Verlag 2006].
3. Das rüttelt an den üblichen Behauptungen der so genannten *feministischen Gewaltwissenschaft*, wonach Gewalt ein ausschließlich männliches Verhalten sei.
4. Ebenso erschüttert es die Ideologie, wonach Frauen ihrem Wesen nach friedfertig und zur Gewalttätigkeit nicht fähig seien.

Die Art und Weise, wie die internationale Forschung zur Gewalttätigkeit zwischen Frauen und Männern in Deutschland verleugnet, wenn nicht politisch unterdrückt wird, führt dazu,

dass Männer und ebenso Jungen wegen ihres Geschlechts durch kollektive Abwertung diskriminiert werden.

Ihre Finanzierung der Frankfurter Tagung, an der auch das Bundesjustizministerium sich beteiligt, ist ohne Wenn und Aber ein politischer Beitrag zur feindseligen Polarisierung wie Vergiftung der Beziehungen zwischen Männern und Frauen. Und es ist letztlich gegen die Familie gerichtet. Sie bedienen sich dazu der in Fachkreisen für Solches hinlänglich beleumundeten Veranstalterinnen. Es überrascht sehr, dass CDU-Politik nicht eindeutig auf der Seite der humanisierenden Aufklärung über komplizierte Beziehungskonflikte, sondern bei der Förderung von Männer- und Familienfeindlichkeit steht.

Auch von der CDU wäre zu erwarten, dass sie die Debatte über Gewalt nicht von den Hassmotiven einiger Frauen und deren Organisationen prägen lässt, sondern dass sie sich der Erkenntnisse der internationalen Forschung bedient. Eine Forschung, die wissenschaftlich fundiert und überprüfbar ist, und die nicht im Dunkelfeld von bundesministeriell finanzierten Beratungsstellen zwischen „parteilichen“ Forscherinnen und deren Freundinnen - mehr oder weniger verabredet - an der wissenschaftlichen Forschungskontrolle vorbei veranstaltet wird. Vor allem muss die Ideologie zu Fall gebracht werden, wonach nur Frauen durch Gewalt beschädigt werden, weil damit die Erforschung der Gewalterfahrungen von Männern blockiert wird.

Die Zeit ist reif, daß wir schlagende Frauen ebenso verabscheuungswürdig finden wie schlagende Männer!

Wenn die Hessische CDU dazu beitragen will, dass Konflikte gelöst und Gewalt in der Scheidungsphase vermieden wird, dann „*muss sie hinsehen*“. So wie das die Bundesfamilienministerin angesichts der Tötung von Kindern durch ihre Mütter und Väter fordert.

Die Frankfurter Tagung, die sich gegen die gemeinsame elterliche Sorge richtet, steht gänzlich in der Tradition des *Wegsehens* und des Parteiprogramms der SPD, nach der *Menschliches* und *Männliches* ein Gegensatz seien. Ich ermutige Sie, nicht nur genauer hinzusehen, sondern auch entsprechend zu *handeln!*

Prof. Dr. Gerhard Amendt